

urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



10 Jahre Urban Forum – 5 Jahre Urban Future Edition!

Quo vadis, Finanzausgleich?

Kommentar von Oliver Puchner

S 4

Finanzielle Not in den Kommunen

Interview mit Jens Geyer

S 6

Schottland in Europa

Gastkommentar von Bernd Herger

S 10



Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Dr. Bernhard Müller
ist Generalsekretär von
Urban Forum

Das Jahr 2023 neigt sich mit Riesenschritten dem Ende zu, und es war nicht nur geopolitisch, sondern auch für unser Institut wie für unseren Verlag ein ereignisreiches. Ohne jammern zu wollen, müssen wir nüchtern feststellen, dass die Zeiten nicht nur für viele europäische Kommunen finanziell schwierig sind, sondern auch ein Stadtforschungsinstitut wie Urban Forum ökonomisch stark herausfordern. Den inhaltlichen Output, aber auch den Zuspruch, den wir von österreichischen Städten, Fachorganisationen, Hochschulen und an urbanen Themen interessierten Menschen erhalten, nehmen wir zum Anlass, um motiviert und voller Tatendrang in unser elftes Jahr seit der Gründung zu gehen. Im November konnten wir bei einem inhaltreichen Festakt mit 250 Gästen im Wiener Rathauskeller „10 Jahre Urban Forum, 5 Jahre Urban Future Edition“ innehalten und das bisher Erreichte Revue passieren lassen. Unser Dank gilt allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren sowie insbesondere der Stadt Wien

und dem Österreichischen Städtebund für die großartige Unterstützung, ohne die vieles, was wir leisten, nicht möglich wäre. Wir wollen das vor kurzem begangene Jubiläum aber auch zum Anlass nehmen, um uns bei allen befreundeten Instituten und Partnern, allen Einzel- und Fördermitgliedern sowie Weggefährten herzlich bedanken, wohlwissend, dass ihr Vertrauen und ihre Treue nicht selbstverständlich sind. Ab jetzt richtet sich unser Blick wieder in die urbane Zukunft, die derzeit von pekuniären Sorgen vieler Kommunen geprägt ist. Aus diesem Grund haben wir in dieser Ausgabe von „Urban Forum“ dem Thema Finanzausgleich/Gemeindefinanzierung breiten Raum gewidmet.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, frohe Weihnachten und alles erdenklich Gute für 2024!

BUCHBESPRECHUNG Land der Städte?

Auf den 146 Seiten mit 46 Abbildungen dieses aus über 300 Quellen systematisch zusammengestellten Urban Future-Taschenbuchs beantwortet Bernhard Müller die aufgeworfene Forschungsfrage wie erwartet mit „Ja“. Trotz dieser Erwartung habe ich das Buch aus lauter Neugier von hinten nach vorn gelesen! Die Schlussfolgerung lautet, wie auch Michael Ludwig in seinem Vorwort aufgreift, Österreich ist längst nicht mehr das rurale Land der Berge und der Äcker! 61 % der Bewohnenden und gar 71 % der Arbeitsplätze sind bereits in den Städten! Die Schlussfolgerung des Buchs lautet jedoch auch, weit über statistische Feststellungen hinausgehend, „je Stadt, desto besser“! Egal ob ökologisch, wirtschaft-

lich und kulturell, gesundheits-, verkehrs- und bildungstechnisch sowie auch hinsichtlich des Komforts für Wohnende und Arbeitende! Dies wird quantitativ belegt und bewiesen. Nächste Generationen sind daher in die Städte zu locken, statt ihnen versiegelnde, energie- und technische Infrastruktur fressende Eigenheim im ruralen Gebiet zu fördern! Aus der umfassenden Enzyklopädie der rechtlichen, politischen und strukturellen Gegebenheiten in der Zeitreihe stechen einige Aspekte besonders hervor: Das eigentlich seit 1920 grundsätzlich verfassungsrechtlich beschlossene Institut der „Gebietsgemeinde“ anstelle der Bezirkshauptmannschaft brächte viele durch Beispiele belegte Vorteile, wurde jedoch bis

heute mangels Durchführungsbestimmungen nicht umgesetzt. Der niederösterreichische Teil des Kernland Wiens - sogar ohne Wiener Neustadt gerechnet - wäre die drittgrößte Stadt Österreichs, größer als Linz! Und ganz aktuell: Veränderungen, die aufgrund der Pandemie hie und da erwartet wurden, scheinen schlussendlich doch nicht eingetreten zu sein. Interessant auch die historischen Überblicke am Anfang und in der Mitte des Buches! „Land der Städte?“ sollte in keinem Rathaus und in keinem Gemeindeamt fehlen!

Arch. Prof. DI Manfred Wasner

Impressum: **Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**

Chefredaktion: Dr. Bernhard Müller | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Neunkirchner Straße 15/7, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: © Markus Wache

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.



Building a better
working world

Spieglein, Spieglein
an der Wand,
wer ist am klügsten
im ganzen Land?



Werden Sie Teil der EY.ai-Community von EY und finden wir es gemeinsam heraus! Mit einer großen Anzahl an Daten und Expert:innen ist EY.ai in der Lage, das gesamte Spektrum an Wissen und Erkenntnissen von KI zu erschließen.

Jetzt anmelden!

Dieses Bild wurde mithilfe des KI-Tools Midjourney generiert.



The better the question. The better the answer. The better the world works.

Quo vadis, Finanzausgleich?



Der Finanzausgleich regelt die konkreten finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund, den Ländern sowie den Städten und Gemeinden. Aufbauend auf dem Finanzverfassungsgesetz (F-VG 1948) ist dies vor allem das jeweils gültige Finanzausgleichsgesetz (derzeit FAG 2017), aber darüber hinaus auch wichtige 15a-Vereinbarungen und Regelungen in anderen Materienengesetzen (etwa Pflegefondsgesetz etc.). Von den großen Massensteuern, den sogenannten Gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Umsatzsteuer, Lohn- und Einkommensteuer, KöSt. etc.), erhalten derzeit der Bund 67,934 %, die Länder 20,217 % und die Gemeinden 11,849 % (§ 10 Abs. 1 FAG 2017). Über die Jahrzehnte hat man sich bei fast allen wichtigen Abgaben auf einen einheitlichen Schlüssel geeinigt, einerseits um die Komplexität des FAG zu reduzieren und andererseits, um Anreize zu vermindern, immer die Steuern zu senken, an welchen man selber weniger stark beteiligt ist als an anderen.

Neben der Verteilung der Steuereinnahmen regelt das FAG u.a. auch die Kostentragung für die Landeslehrer:innen, die Berechtigung für eigene Abgaben der Länder und Gemeinden und Zweckzuschüsse für bestimmte Themen, wie etwa strukturschwache Gemeinden, Eisenbahnkreuzungen, öffentlichen Verkehr¹ etc. Rechtstechnisch ist das FAG ein einfaches Bundesgesetz, kann also theoretisch jederzeit vom Bundesgesetzgeber beschlossen werden. Es ist aber gelebte Praxis, dass es zuvor eine politi-

sche Vereinbarung, ein Paktum zwischen Bund, Ländern sowie Städtebund und Gemeindebund gibt. Der Verfassungsgerichtshof bezieht sich durchaus auf das Paktum und gibt ihm damit eine andere als bloß politische Qualität. Zwischen dem politischen Auftakt am 19.12.2022 und der feierlichen Unterzeichnung am 21.11.2023 gab es in den drei Arbeitsgruppen (Kern, Gesundheit, Pflege) unzählige Runden auf beamteter Ebene und einige politische Runden (in unterschiedlicher Zusammensetzung) mit den Bundesministern Rauch und Brunner.

Gesamteinschätzung

Der einstimmige Beschluss der Landesfinanzreferent:innen am 5. Mai wie der Landeshauptleutekonferenz am 7. Juni brachte eine klare Festlegung auf die Forderung nach einer neuen vertikalen Verteilung der Ertragsanteile (24,959 % für die Länder und 14,550 % für die Gemeinden). Dieser Forderung haben sich Städtebund und Gemeindebund angeschlossen; es gab jeweils einstimmige und daher parteiübergreifende Beschlüsse beim Städtetag in Bad Ischl (1. Juni 2023) und Gemeindetag in Innsbruck (21. Juni 2023). In den beamteten Runden zuvor, und auch seitdem, sind die verschiedenen Positionen zusammengefasst und gegenübergestellt worden. Länder, Städtebund und Gemeindebund haben gemeinsam kommuniziert, dass die Forderung nach einer substanziellen Veränderung in der vertikalen Verteilung aus-

schlaggebend für die Beurteilung des Gesamtpakets sein wird. Am 21. November wurde nun eine Gesamtsumme von 2,4 Mrd. vereinbart, bei der große Teile auch ab 2025 valorisiert werden sollen.

Warum braucht es eine Änderung?

Die Forderung nach einer Änderung in der Verteilung zugunsten von Ländern sowie Städten und Gemeinden ergibt sich aus drei Gründen:

1. Mindereinnahmen aufgrund von steuerlichen Maßnahmen des Bundes
Vom Konjunkturstärkungsgesetz über die ökosoziale Steuerreform hin zur Abschaffung der kalten Progression etc. haben Länder und Gemeinden in der laufenden FAG-Periode (2017-2023) 6,2 Mrd. (Länder) bzw. 3,5 Mrd. (Kommunen) an Steuereinnahmen verloren. Für die Jahre 2024-2026 werden die Mindereinnahmen mit 8,3 Mrd. und 4,7 Mrd. beziffert.
2. Die WIFO-Langfristprognose im Auftrag des BMF zeigt deutlich, dass mit den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege jene Bereiche weit überproportional steigen, für die die Länder und direkt oder indirekt die Gemeinden zuständig sind. Schon in der Vergangenheit zeigte sich dieser Trend. Das Ausgabenwachstum von 2001 bis 2019 beträgt beim Bund 55,3 %; bei den Ländern, Städten und Gemeinden 78,2 %. Ohne deutlich mehr Mittel in diesen Bereichen sind

¹ Zum zentralen Stellenwert des öffentlichen Verkehrs siehe auch das Positionspapier des Städtebundes.

Leistungseinschränkungen auf Dauer nicht zu verhindern.

3. Zur wohl zentralen Herausforderung Klimawandel sieht der Bund bis dato nur die Debatte über die Aufteilung möglicher Zertifikatszukäufe, Sanktionszahlungen und Pilotprojekte zum Green Budgeting.

Zukunftsfonds

Da der Bund unter keinen Umständen zu einer Schlüsseländerung bereit war, schlug er im Gegenzug einen sogenannten Zukunftsfonds vor, der mit jährlich 1,1 Mrd. dotiert und ab 2025 auch valorisiert werden wird. Mit diesem Topf sollen einvernehmlich paktierte Ziele in den Bereichen Elementarpädagogik, Klima/Umwelt und Wohnen/Sanierung erreicht werden. Die Zielerreichung soll am Ende der FAG-Periode überprüft werden.

Gesundheit

Der mit Abstand schwierigste Bereich war die Arbeitsgruppe zur Gesundheit, da einerseits hohe Summen im Raum stehen und andererseits komplexe rechtliche Anpassungen unter Einbeziehung der Sozialversicherung diskutiert wurden. In den Runden, aber auch in den Medien schwingt hier (wie auch in den anderen Bereichen, etwa der Bildung) stets der Vorwurf mit, dass insbesondere die Länder Effizienzpotenziale heben sollten. Und gerade der Gesundheitsbereich ist sicher ein gutes Beispiel für komplexe Zuständigkeits- und Finanzierungsstrukturen. Allerdings zeigen Auswertungen der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG), dass etwa die Bettenzahl in den Spitälern vor Corona deutlich rückläufig war, was im Rückblick auf Reserven für Pandemien durchaus auch hinterfragt werden kann. Für die einschlägigen Rechtsmaterien, wie Ärztegesetz, ASVG, KaKuG etc., die etwa die Arbeitszeiten der Ärzt:innen, die Befugnisse des Pflegepersonals, die bürokratischen Lasten, die Leistungsversprechen an die Patient:innen etc. regeln, ist der Bund zuständig². Die problematische Schnittstelle zwischen stationärem und niedergelassenem Bereich ist sicher die mit Abstand größte Herausforderung im österreichischen Gesundheits-

sektor. Vorstellungen, wonach die Kompetenz für die Krankenhäuser zur Sozialversicherung wandert (oder umgekehrt), sind durchaus spannend, aber sicher keine Thematik, die Finanzausgleichsverhandlungen lösen könnten. Die nun getroffene Vereinbarung sieht vor allem eine Unterstützung des spitalsambulanten Bereichs von 550 Mio. p.a. und die jährliche Valorisierung wie im Pflegefonds vor.

Pflege

Die Beibehaltung des Pflegefonds wurde beschlossen. Im Laufe der Gespräche wurden verschiedenste Modelle der Dotierung und der laufenden Valorisierung diskutiert. Das nun vereinbarte Modell sieht die Aufstockung des Pflegefonds auf 1,1 Mrd. und eine jährliche Valorisierung in der Höhe der Inflation lt. Mittelfristprognose des WIFO von plus 2 Prozentpunkten vor. Die scheinbare Aufstockung des Fonds auf 1,1 Mrd.³ ergibt sich aus der Einrechnung bestehender Zuschüsse des Bundes, die nun aber von Ländern und Gemeinden mitfinanziert werden sollen. Derzeit zahlt der Bund 303,7 Mio. in den Pflegefonds ein. Länder und Gemeinden steuern 151,9 Mio. bei. Darüber hinaus gibt es derzeit 132 Mio. nach dem Pflegeausbildungszweckzuschussgesetz (PAusbZG), die sich Bund und Länder in der Finanzierung 2:1 teilen. Mit dem Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz (EEZG) stellt der Bund derzeit 285 Mio. bereit. Zusätzlich belaufen sich die Ausgaben des Bundes für das Pilotprojekt der Community Nurses auf 18 Mio.⁴ All diese Beträge sollen nun in den Fonds eingerechnet und die Summe auf 1,1 Mrd. aufgerundet werden. Da Länder und Gemeinden damit nun Bereiche kofinanzieren sollen, die bis dato der Bund alleine gezahlt hat, ergibt sich in Summe für sie ein kleines Plus von 38,6 Mio.

Weiterer Zeitplan

Das Paktum zum FAG wurde am 22.11.2023 im Ministerrat präsentiert und es erfolgt nun die parlamentarische Umsetzung.

Weiterführende Informationen zu den aktuellen FAG-Verhandlungen sowie zu den Positionen und Forderungen des Österreichischen Städtebundes finden Sie auf der Website des Österreichischen Städtebundes unter folgendem Link:

www.staedtebund.gv.at/fag2024



© Markus Wache

Mag. Oliver Puchner

Referent für Finanzen und Volkswirtschaft
beim Österreichischen Städtebund

² Auch im Bildungsbereich regelt der Bund den Lehrplan und die pädagogische Ausbildung, legt Klassenschülerhöchstzahlen fest und führt die Gehaltsverhandlungen; d. h. in beiden Bereichen ist der Bund als Gesetzgeber bezüglich Reformen selbst gefordert.

³ 2021 betragen die gesamten Pflegeausgaben von Ländern und Gemeinden 2,71 Mrd., was etwa 50 % der gesamten Pflegeausgaben ausmacht. Der Pflegefonds deckt also nur einen kleinen Teil ab.

⁴ Dieses Projekt wird allerdings über die sogenannte Aufbau- und Resilienzfazilität der EU (RRF) gefördert.

„Die finanzielle Not in den Kommunen ist riesengroß“



© Unsplash/Leonhard Niederwimmer

Herr Geyer, Sie waren lange Zeit Ratsmitglied der Stadt Monheim am Rhein, fünf Jahre Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und sind nunmehr Mitglied des Kreistages von Mettmann und Fraktionsvorsitzender. In Österreich gibt es keine Kreise. Bitte erklären Sie unseren Leserinnen und Lesern deren Aufgabe und Wirkung!

Nordrhein-Westfalen (NRW) – das sind ca. 18 Mio. Menschen in 396 Städten und Gemeinden sowie 31 Kreisen. Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern sind „kreisfrei“ und müssen – viele sagen: „dürfen“ – ihre kommunalen Aufgaben selbst erledigen. Städte bis 100.000 Einwohner sind in Kreisen organisiert, um gewisse Aufgaben zu bündeln. Dabei ist das Aufgabenspektrum durchaus unterschiedlich. So regeln z. B. größere Städte in den Kreisen die Aufgaben der Jugendhilfe selbst, während diese Aufgaben bei Kreisen mit kleinen Gemeinden in NRW vom Kreis miterledigt werden können. Obwohl gewisse Kompetenzen in der kommunalen Selbstverwaltung bindend sind: Ein einheitliches Aufgabenspektrum für Kreise gibt es nicht, wenn die Kreisangehörigen Städte in der Lage sind, diese selbst zu leisten. Die Kreise sind vor allem für Aufgaben zuständig, die eine einheitliche Erledigung über Gemeindegrenzen hinweg erfordern oder die von der einzelnen, kreisangehörigen Gemeinde nicht bewältigt werden können, weil ihre Leistungskraft dazu nicht ausreicht. Dabei gehört der Kreis Mettmann, aus dem ich komme, mit ca. 500.000 Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten in Deutschland und ist eingebettet zwischen Düsseldorf, Essen, Wuppertal, Leverkusen und Köln. Zum Kreis Mettmann gehören mit Wülfrath als kleinster Stadt mit ca. 22.000 Einwohnern auch Städte wie Ratingen und Velbert, die jeweils mehr als 80.000 Einwohner haben. Beispiele für Kreisaufgaben sind dabei die Organisation des Öffentlichen Personennahverkehrs, Abfallentsorgung und-recycling, die Einrichtung und Pflege von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, die Rettungsdienste

und der Katastrophenschutz. Die Beschulung von Menschen mit Handicap in Förderschulen und entsprechenden Einrichtungen aber auch der Unterhalt von berufsbildenden Schulen liegen ebenfalls in der Zuständigkeit der Kreise. Die Landkreise haben eine Doppelstellung. Zum einen erfüllen sie typisch kommunale Aufgaben, aber auch staatliche Angelegenheiten als sogenannte untere staatliche Verwaltungsbehörde wie z. B. die Rechtsaufsicht über die Kreisangehörigen Gemeinden oder bei Ausländerangelegenheiten.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) spricht in seinem neuen Newsletter von „maroden Infrastrukturen und chronische Haushaltsengpässen“, die in der Bundesrepublik herrschen würden. Wie beurteilen Sie diese Einschätzung?

Diese Einschätzung muss ich leider teilen. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur wie z. B. Brücken- und Straßenbau wurden vernachlässigt. Der Ausbau des Schienenverkehrs für den Individual- und Güterverkehr ist dringend notwendig, um die Klimaziele zu erreichen, sprich Treibhausgasemissionen nachhaltig zu reduzieren. Die dringend benötigten finanziellen Mittel müssen vom Bund und den Ländern kurz- und mittelfristig bereitgestellt werden, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt und weiterhin als innovative und moderne Industrienation seine Position behaupten kann.

In Österreich wurde soeben der neue Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhandelt. Die Reaktionen darauf sind sehr unterschiedlich. Wie sehen Sie die Finanzausstattung der Gemeinden in Ihrem Bundesland im Allgemeinen und Ihrem Kreis im Besonderen?

Nahezu alle Kommunen aber auch Kreise klagen darüber, dass immer mehr Aufgaben auf sie abgewälzt werden, diese jedoch von Bund oder Land nicht ausreichend finanziert werden, obwohl das Konnexitätsprinzip („Wer

bestellt muss auch zahlen“) gesetzlich festgeschrieben ist. So stellte z. B. der in Berlin beschlossene Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die Umstellung der Schulen auf Ganztagsbetrieb viele Kommunen und Kreise in den letzten Jahren vor große finanzielle und personelle Herausforderungen und hier wird um jeden Euro mit Bund und Land gerungen. Städte und Gemeinden erhalten z. B. Anteile aus Einkommenssteuern und können eigene Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.) erheben bzw. deren Höhe bestimmen. Kreise dagegen finanzieren sich im Wesentlichen aus Gebühren (z. B. Abfallwirtschaft), Kostenerstattungen von Bund und Land sowie durch die sogenannte Kreisumlage. Eigene Steuern können Kreise in NRW nicht erheben. Die Kreisumlage wird von den Städten erhoben, die dem Kreis angehören. Der Haushalt 2024 des Kreises Mettmann umfasst ca. 780 Mio. Euro, davon holt sich der Kreis ca. 450 Mio. Euro über die Kreisumlage von seinen Städten; dies ist ca. ein Drittel dessen, was die Städte über Steuern etc. erwirtschaften. Auch wenn der Kreis ganz einfach die Umlage erhöhen könnte, ist er gut beraten, äußerste Sparsamkeit walten zu lassen, da die Städte ansonsten gewaltig rebellieren. Von den 780 Mio. Euro Kreishaushalt sind übrigens ca. 98 % durch gesetzliche Aufgaben gebunden.

Abgeordnete mehrerer Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen befürchten, dass bis zu 60 % der Kommunen in die sogenannte Haushaltssicherung rutschen. Wie realistisch ist das und was bedeutet das für die betroffenen Städte und Gemeinden?

Städte und Gemeinden in NRW stehen vor schweren Zeiten. Das belegen die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW. Danach rechnen über 38 % der 361 Mitgliedskommunen damit, dass sie für das kommende Jahr ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Die Not in den Kommunen ist riesengroß: Vier von zehn Kämmerern rechnen damit, dass sie 2024 in

die Haushaltssicherung kommen. Die Finanzlage der Städte und Gemeinden hat sich in relativ kurzer Zeit gravierend verschlechtert. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Der Bund weist den Kommunen immer neue Aufgabe zu. Nur selten sind diese Zusatzaufgaben durch den Bund ausreichend finanziert. Der Bund überweist die Mittel, die er dafür angesetzt hat, an die Länder, die diese eigentlich an die Kommunen weiterleiten sollen und müssen. Doch liegt es wohl in der Natur der Sache, dass die Länderfinanzminister*innen „klebrige Finger“ haben, denn nicht jeder Euro, den der Bund für die jeweilige Aufgabe bereitstellt, wird an die Kommunen vom Land weitergeleitet. Hinzu kommen die Auswirkungen durch die aktuellen weltpolitischen Herausforderungen. Erheblich zur Situation beigetragen hat die Entscheidung der NRW-Landesregierung, das Gesetz, das den Kommunen die Möglichkeit gab, Folgekosten der Pandemie und des Ukrainekrieges aus den Haushalten herauszurechnen, 2024 auslaufen zu lassen. Damit geraten die Kommunen gewaltig ins Minus und damit in die Haushaltssicherung. Die Folgen der Krisen wirken sich ungebremst auf die Haushalte der Städte, Kommunen und Kreise aus. Hinzu kommt ein Rückgang der Steuereinnahmen und, dass die Kosten für Energie, Bau, Sanierung und Infrastruktur explodiert sind. Weitere Faktoren sind die Kosten, die durch die Unterbringung von Geflüchteten und durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst entstehen sowie durch das geplante Wachstumsschancengesetz. Dieses soll die kommunalen Haushalte allein in NRW mit ca. 500 Millionen Euro belasten. Die kommenden Jahre werden sehr schwierige für die Städte, Kommunen und Kreise.

Abschließend: Was müsste Ihrer Meinung nach seitens des Bundes getan werden, damit die finanziellen Spielräume der Kommunen endlich größer werden?

Das Konnexitätsprinzip ist in Artikel 104a Grundgesetz geregelt. „Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die

sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt. (2) Handeln die Länder im Auftrage des Bundes, trägt der Bund die sich daraus ergebenden Ausgaben.“ Die Gemeinden werden nicht genannt, da diese im Grundgesetz als Teil der Länder gelten. Die Politik muss die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie den Aufgaben gerecht werden können. Für die kommunalen Finanzen sind vor allem die Länder zuständig und diese finanzieren sich zum Großteil über die Einkommenssteuer, die Gewerbesteuer und die Grundsteuer. Des Weiteren gibt es Zuweisungen durch den Bund und die Länder. Das zentrale Problem der Länder sind deren Altschulden (für NRW ca. 21 Milliarden) und die daraus resultierenden finanziellen Aufwendungen der Kommunen. Das Land muss sich an der Tilgung der Altschulden beteiligen, sonst droht, dass immer mehr Kommunen flächendeckend in die Haushaltssicherung geraten. Was zu einer nachhaltigen negativen Veränderung der Lebensverhältnisse führen wird.



© zVg

Jens Geyer

Mitglied des Kreistages von Mettmann (NRW) u. a. Mitglied des Kreis Ausschusses, des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf und des Ausschusses für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutzes

10 Jahre Urban Forum – 5 Jahre Urban Future Edition



v.l.n.r.: Wiener GR und LAbg. Andreas Höferl, Bernhard Müller, Renate Brauner und Städtebundgeneralsekretär Thomas Weninger

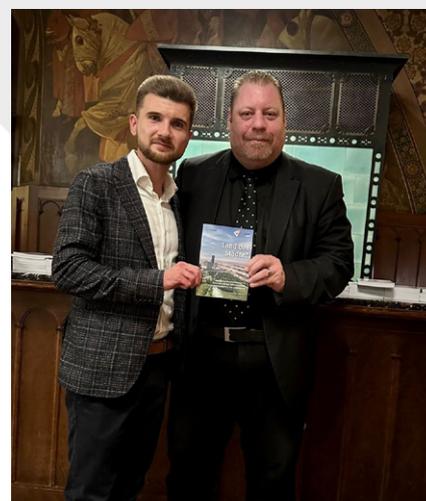
Am 8. November fand anlässlich des zehnjährigen Jubiläums von Urban Forum und des fünfjährigen Bestehens unserer Urban Future Edition im Rittersaal des Wiener Rathaus ein großer Festakt statt, an dem rund 250 Gäste aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft teilnahmen. Als Festredner fungierte der ehemalige Oberbürgermeister von Nürnberg, Ulrich Maly, der auch Präsident des Deutschen Städtetages war. Eine von Patrick Horvath (Generalsekretär von WIWIPOL) moderierte Diskussion beschäftigte sich mit dem gleichfalls wichtigen wie interessanten Thema „Die Stadt als Lebensraum der Zukunft? Urbane Perspektiven im Spannungsfeld zwischen Digitalisierung, Green Cities und Wirtschaftsmotor Stadt“. Am Podium waren neben Ulrich Maly, Urban Forum-Obmann Michael Häupl (ehemaliger Wiener Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebun-



Die langjährige Europakorrespondentin und nunmehrige freie Journalistin Margaretha Kopeinig forderte eine verstärkte Urban Agenda der Europäischen Union.



Ulrich Maly ging auf die gesellschaftliche Bedeutung der Städte ein und zog auch Vergleiche zwischen Österreich und Deutschland. Seine Rede war nicht nur informativ, sondern auch kurzweilig und zuweilen launig.



David Majcen (er veröffentlichte heuer in der Urban Future Edition die wissenschaftliche Arbeit „Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Österreichs Gemeinden“) mit dem Autor

des a. D.), die freie Journalistin Margaretha Kopeinig und die ehemalige Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner (Präsidentin des Kuratoriums von Urban Forum) vertreten. Im Rahmen der Veranstaltung stellte unser Generalsekretär Bernhard Müller auch sein neuestes Buch „Land der Städte?“ vor – eine Studie über „Gemeindeframeworkentwicklungen in Österreich zwischen Selbstverwaltung, Reformnotwendigkeiten und Urbanisierung“ mit internationalen Vergleichen vor. Musikalisch wurde der Festakt von der hervorragenden Saxophonistin Yingying Wang umrahmt. Unter den Fest- und Ehrengästen fanden sich zahlreiche diplomatische Exzellenzen, Partner von wissenschaftlichen Einrichtungen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Im Anschluss an die Veranstaltung lud der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig zu einem Empfang.



Michael Häupl, Mitbegründer von Urban Forum, erläuterte die Aufgaben und Zielsetzungen unserer NGO, deren Ziele als gemeinnützig anerkannt wurden.



Yingying Wang am Saxophon



Renate Brauner sprach insbesondere die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Städten, aber auch Frauenthemen an.



Bernhard Müller stellte sein Buch vor. Eine Urbanitätsstudie, die in zweijähriger Arbeit entstanden ist.

Schottland in Europa: Kulturelle Brücken in der Post-Brexit-Ära

Die 1992 gegründete Organisation „Scotland in Europe“ steht heute angesichts der jüngsten Entwicklungen, insbesondere des Brexit und des schottischen Strebens nach Unabhängigkeit, vor neuen Herausforderungen und Chancen. Diese gemeinnützige Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, kulturelle Brücken zwischen Schottland und Europa zu schlagen und die starken historischen Bindungen zwischen Schottland und dem europäischen Kontinent zu stärken.

Brexit und Schottland

Der Brexit hat alle Teile des Vereinigten Königreichs tiefgreifend betroffen. Seine Auswirkungen sind in Schottland besonders stark zu spüren. Nur 38 % der Schotten haben für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union gestimmt, so dass Schottland gegen den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung aus der EU geschieden ist. Dies hat zu Spannungen und Unsicherheiten in den künftigen Beziehungen zwischen Schottland und Europa in allen Bereichen des Austauschs, in allen Aspekten der Wirtschaft und vor allem im kulturellen Bereich geführt.

Die Vision von „Scotland in Europe“

In dieser kritischen Phase hat „Scotland in Europe“ eine mutige Entscheidung getroffen: Die Gründung einer Organisation innerhalb der Europäischen Union, in Wien. Diese Entscheidung unterstreicht das dauerhafte Engagement der Organisation für die Förderung kultureller Verbindungen zwischen Schottland und Europa, insbesondere nach dem Brexit.

Die inspirierte Gründerin der Organisation, Helen Kyle, sowie Elisabeth Gardiner, Jon Jardine und Neil Baxter haben sich mit dem Autor dieser Zeilen, einem Mitarbeiter der Wiener Bildungsakademie und Vorstandsmitglied des europäischen Netzwerks river//cities, zusammengetan, um dieses Vorhaben zu leiten. Gemeinsam setzen sie sich leidenschaftlich für die Stärkung der Verbindungen zwischen Schottland und Europa ein. Über das seit 2008 bestehende Netzwerk river//cities fanden sie zueinander und entwickelten die Idee, eine Präsenz in der österreichischen Bundeshauptstadt zu etablieren. Wiens zentrale geografische Lage in Europa macht es zu einem

idealen Knotenpunkt, um der schottischen Basiskultur innerhalb der Europäischen Union ein Zuhause zu geben und den Austausch von Ideen und Kreativität zu fördern. Die Teilnahme des Autors unterstreicht die Bedeutung von internationalen Partnerschaften und Netzwerken. Diese Partnerschaften können die Arbeit von „Scotland in Europe“ unterstützen und neue Möglichkeiten eröffnen. Durch diese Kooperationen können Ideen und Ressourcen ausgetauscht werden, um gemeinsam auf eine bessere Zukunft hinzuarbeiten.

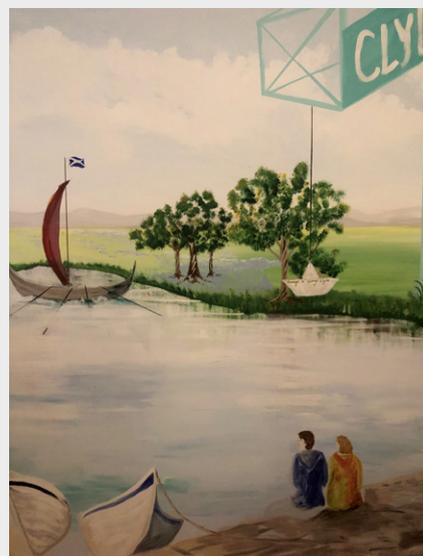
Herausforderungen des Unabhängigkeitsreferendums

Die schottische SNP-Regierung strebt ein zweites Unabhängigkeitsreferendum an, um über die Zukunft Schottlands zu entscheiden. Dieses Vorhaben erfordert jedoch die Zustimmung der britischen Regierung, eine Rechtslage, die kürzlich vom Obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreichs bestätigt wurde. „Scotland in Europe“ wird diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen und sich weiterhin für die Interessen Schottlands im kulturellen Bereich einsetzen.

Die Zukunft von „Scotland in Europe“

Für die Zukunft plant „Scotland in Europe“ eine Reihe spannender Veranstaltungen und eine große Konferenz im Jahr 2025. Diese Fachveranstaltungen werden dazu beitragen, die kulturellen Verbindungen zwischen Schottland und Europa zu stärken und den Austausch von Ideen zu erleichtern. Die Organisation ist auch für die Zusammenarbeit mit anderen Kulturinitiativen und -einrichtungen offen, um gemeinsam an einer vielfältigen und integrativen Zukunft zu arbeiten.

In dieser komplexen und sich wandelnden Situation bleibt „Scotland in Europe“ standhaft bei der Förderung kultureller Verbindungen und der Schaffung einer Heimat für Schottland in Europa. Die Organisation steht vor der Herausforderung, die Auswirkungen des Brexit zu bewältigen und gleichzeitig die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Schottland und Europa zu stärken.



Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Landschaft entwickelt und welche Rolle die Organisation in diesem Prozess spielen wird. Eines ist jedoch sicher: „Scotland in Europe“ wird weiterhin eine treibende Kraft für positive Veränderungen sein, Beziehungen knüpfen und Veranstaltungen fördern, die die unzähligen Vorteile für „the land of the brave“ und seine Freunde auf dem gesamten europäischen Kontinent hervorheben, wenn es darum geht, weiterhin kulturelle Brücken zu bauen.



© rVg

Bernd Herger, BSc
Geschäftsführender Präsident
„Scotland in Europe“
www.scotland-in-europe.com

Cities in a New Cold War Era

The Cold War put many cities in the spotlight of international politics. Cities were the scene of events that shaped history and formed part of collective memory. The unprecedented cooperation of the Western Allies ended the 1948 Berlin Blockade. Vienna hosted important diplomatic meetings to promote international dialogue and détente, for example the Soviet Union-US summit in 1961. Paris and Helsinki were the centers of international peace processes in the 1970's. The demolition of the Berlin Wall in 1989, was a symbolic act that ended the ideological division of Europe. History teaches us lessons on how cities should ease the current international situation, which many people see as part of a new Cold War era. Today, the world's cities are more interconnected than ever, which provides opportunity for them to work together more closely, for example in fields such as crisis prevention, peacebuilding and promoting solidarity.

Therefore, cities must increase their cooperation on the global scene, for example they can join the network of the International Humanitarian City. People should know more about this organisation, which is the global center for humanitarian emergency response, based in Dubai.

In addition, at the European level, the European Union established a close urban cooperation. So, a system, in which many more cities should participate, already exists. Cities can effectively mobilize their own resources such as delivery of donations to war zones in a more coordinated manner.

Another and perhaps the most pressing question of today is how to reduce the security concerns of cities which arise from international conflicts? The question itself is very complicated. In recent years we have witnessed the outbreak of more and more wars and conflicts. Due to digitalization and disinformation, the meaning of the concept of 'security' itself is constantly enriched with new elements.

The so-called "urban resilience" is a hot topic that may give a new approach to security of citizens. Urban resilience means that the systems, communities and individuals of a city must have the capabilities to survive, adapt and thrive, regardless of the severe shocks they face.

Urban resilience can be improved by making steps to reduce polarization of population; to promote a broad dialogue with citizens on the ground and better involve business and scientific communities in solving crises. All of this can reduce tensions, thereby promoting internal stability and increasing the resilience of cities to international crises.

Urban resilience concerns lives of many people and also represents a security topic for global cooperation of cities. Many may be skeptical about this, saying that national governments and superpower blocs have the final say in security matters.

In a multipolar world, cities that cooperate globally and in an organized manner must also be given space to launch initiatives related to security issues which are not hindered by block policies.

Alex Shi

High-school student, Hungary

STUDENT'S HISTORY CLUB

Land der Städte?

Gemeindestrukturentwicklungen in Österreich zwischen Selbstverwaltung, Reformnotwendigkeiten und Urbanisierung

Am Beginn dieser wissenschaftlichen Arbeit stand die Frage: Kann Österreich anhand der national und international üblichen wissenschaftlichen Typisierungen als „Land der Städte“ bezeichnet werden? Oder anders gefragt: Wie urban ist Österreich? Zu diesem Zweck wurden auf unterschiedliche Weise Erkenntnisse gesammelt, in einem hohen Maß Quellen erschlossen, um Zahlen und Daten zu erheben, Statistiken ausgewertet sowie in Eigenrecherche zahlreiche vergleichende Berechnungen angestellt. Und die Conclusio lautet: The future is urban. Auch in Österreich. Das mag nicht jedem gefallen, aber Städtebashing hilft da nicht weiter, denn die urbanen Zentren sind nicht die Gegner der ruralen Gebiete. Es wird höchste Zeit, diese Herausforderungen anzunehmen, in größeren Zusammenhängen zu denken, entsprechende Konzepte zu entwickeln und Lösun-

gen für die Bürgerinnen und Bürger, aber nicht für bestehende Strukturen umzusetzen. Dieses Buch liefert dazu umfangreiche und detaillierte Analysen, konkrete Anregungen und umsetzbare Verbesserungsvorschläge.

Autor:
Bernhard Müller

ISBN: 978-3-200-09476-5
EUR 20,- (zzgl. Versandkosten)
Erschienen 2023, 148 Seiten



Bestellungen an office@urbanforum.at

10 Jahre Urban Forum - 5 Jahre Urban Future Edition

Wir sind eine **überparteiliche NGO, mit gemeinnützigen Zielen. Aufgabe** unseres Instituts und des kommunalwissenschaftlichen Verlags ist es, die **Bedeutung der kommunalen Ebene wahrnehmbarer** zu machen, das **Regions- und Kooperationsdenken** zu stärken, das Modell der **öffentlichen Daseinsvorsorge** zu unterstützen und ein höheres Bewusstsein für die **urbanen Zentren als Lebensraum der Zukunft** sowie für die **Städte als gesamtstaatliche Wirtschaftsmotoren** zu erwirken.

Wir haben in 10 Jahren

- 24 Ausgaben von „Urban Forum. Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt“ herausgegeben
- 8 **Internationale Online-Foren** durchgeführt, die auch an unterschiedlichen Hochschulen als Diskursmaterial zum Einsatz kommen
- 6 **Podcasts** aufgenommen und
- ebensoviele **Urban Future Talks** in Kooperation mit der Wiener Bildungsakademie gedreht, die auf YouTube abrufbar sind

Wir haben in 5 Jahren

- Seit Gründung von Urban Forum vor 10 Jahren haben wir **33 Veranstaltungen** mit insgesamt 2.600 Gästen durchgeführt
- Wir haben an Forschungsprojekten teilgenommen, wir kooperieren seit der Gründung von Urban Forum mit nationalen und internationalen Hochschulen, betreuen Student:innen, stellen Know-how zur Verfügung, bringen uns bei Fachkonferenzen ein und versuchen als außerordentliches Mitglied des Österreichischen Städtebundes diesen nach besten Kräften zu unterstützen.

- als **Urban Future Edition** **14 Bücher** herausgebracht

Urban Forum –
eine **starke Stimme**
für die Städte!

